

Thüringer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände



Verbandsinformation

VWT-VMET-AGVT-ANGT-2026-62

31. August 2026

Wirtschaft / Umwelt

Medien

Veranstaltungen / Workshops

Wirtschaft / Umwelt

Monatsbericht der Bundesbank: Bürokratielasten für Unternehmen auf ungefähr 7 % des Jahresumsatzes gestiegen

Die Deutsche Bundesbank hat im Monatsbericht – Juli 2026 Ergebnisse einer Bundesbank-Unternehmensumfrage zu Bürokratiekosten veröffentlicht. Danach sind die Bürokratielasten für Unternehmen in Deutschland zwischen 2022 und 2024 von rund 5 % auf ungefähr 7 % des Jahresumsatzes gestiegen.

Steigen die Bürokratiekosten um 1 Prozentpunkt des Umsatzes, sinkt der Umsatz je Beschäftigten durchschnittlich um rund 3 %. Zwischen 2022 und 2024 soll der Anstieg der Bürokratiekosten das gesamtwirtschaftliche Produktivitätswachstum um etwa 0,5 Prozentpunkte verringert haben.

Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt bei kleinen Unternehmen. Kleine Unternehmen tragen im Verhältnis zum Umsatz die höchsten Bürokratiekosten.

Viele Pflichten erzeugen Fixkosten, die unabhängig von der Unternehmensgröße anfallen und KMU daher überproportional belasten.

Nach der Studie kann der deutliche und breit angelegte Kostenanstieg über Branchen und Größenklassen hinweg damit zusammenhängen, dass einige neue Vorschriften tief in grundlegende betriebliche Abläufe eingreifen. Zu den besonders stark belasteten als auch besonders stark wachsenden Bereichen bezüglich Bürokratielasten zählen Arbeitsrecht und Beschäftigungsregulierung, Steuer- und Finanzberichterstattung, Datenschutz- und Privatsphärenvorschriften sowie Umweltrecht.

Deutschland ist im europäischen Vergleich überdurchschnittlich stark betroffen. Als mögliche Ursachen nennt die Bundesbank insbesondere Defizite bei der Digitalisierung von Verwaltung und Unternehmen, „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Recht sowie zusätzliche strukturelle Belastungen wie Fachkräftemangel, hohe Produktions- und Arbeitskosten und ein zunehmender Wettbewerbsdruck.

Die Bundesbank sieht erhebliches Entlastungspotenzial durch Bürokratieabbau, Digitalisierung der Verwaltung und den Verzicht auf „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Recht.

Einschätzung aus Sicht der Verbände

Die Studie bestätigt, dass steigende Bürokratielasten Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotenziale beeinträchtigen. Damit wird – wieder einmal – die Notwendigkeit für einfachere, praxistaugliche und bürokratiearme Regelungen bestätigt.

Dringend notwendig ist und bleibt daher die von uns geforderte Einführung eines Belastungsmoratoriums.

Außerdem müssen die bestehenden Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten müssen deshalb systematisch überprüft, Belastungen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen reduziert, auf zusätzliche Verschärfungen europäischer Vorgaben verzichtet und die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren konsequent vorangetrieben werden. Darüber hinaus sollten neue Regelungsvorhaben einem verbindlichen Belastungsscheck unterzogen und Bürokratiekosten durch wirksame Entlastungsziele, feste Abbaupfade und die konsequente Anwendung des „Once-only“-Prinzips nachhaltig begrenzt werden.

Lage in Thüringen

In Thüringen wurde im Dezember 2025 das erste Thüringer Entlastungsgesetz in den Landtage eingebracht und im Juni 2026 verabschiedet. Aus Sicht der

Verbände blieb es leider sowohl hinter den Erwartungen der Wirtschaft als auch den ursprünglichen Versprechen zurück. Außer in den Bereichen Vergabe und Bau wird die Privatwirtschaft kaum entlastet. Hingegen wird der öffentliche Dienst entlastet, u. a. durch die Streichung von Berichtspflichten der Ministerien an den Landtag.

Die Thüringer Landesregierung hatte allerdings angekündigt, jährliche Entlastungsgesetze zu erarbeiten. Das Zweite Thüringer Entlastungsgesetz müsste demnach bis Dezember 2026 eingebracht werden; der Entwurf war für August/ September angekündigt. Bislang liegen weder Eckpunkte noch ein Referentenentwurf vor.

Angekündigt war ebenfalls ein stärkerer Fokus auf die Privatwirtschaft; die Verbände haben hierzu bereits im März 2026 konkrete Vorschläge eingereicht.

Quellen: Bundesbank, BDA; gekürzt und bearbeitet

Den Beitrag der Bundesbank finden Sie hier:

<https://publikationen.bundesbank.de/publikationen-de/berichte-studien/monatsberichte/monatsbericht-juli-2026-1000490?article=buerokratielasten-im-deutschen-unternehmenssektor-ursachen-und-wirkungen-1000552>

Die VWT Vorschläge für das Zweite Thüringer Entlastungsgesetz finden Sie hier:

<https://vwt.de/wp-content/uploads/2026/04/VWT-Vorschlaege-fuer-EntlastungsG-II.pdf>

Bearbeiter: Johannes Bräun

Telefon: 0361 6759-140

E-Mail: johannes.braeun@vwt.de

Medien

Aktuelle Ausbildungsumfrage des Verbandes der Wirtschaft Thüringens

Pünktlich zum Ausbildungsbeginn legen die Thüringer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände eine aktuelle Umfrage zur Berufsausbildung im Freistaat vor. Auch in wirtschaftlich anspruchsvollen Zeiten halten die Unternehmen an der Ausbildung fest. Eine Befragung von 63 Unternehmen mit 1.400

Auszubildenden und 100 dual Studierenden zeigt: Die duale Berufsausbildung bleibt das wichtigste Instrument zur Fachkräftesicherung. Gleichzeitig entwickeln die Betriebe ihre Ausbildung konsequent weiter und richten sie an den Anforderungen einer modernen Arbeitswelt aus.

„Die Unternehmen investieren trotz herausfordernder Rahmenbedingungen weiter mit großem Engagement in die Ausbildung junger Menschen. Wer morgen Fachkräfte braucht, muss heute ausbilden. Ausbildung ist und bleibt keine Option, sondern eine unternehmerische Notwendigkeit“, erklärt Dr. Matthias Kreft, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Wirtschaft Thüringens (VWT). [...]

Den gesamten Beitrag mit den Umfrageergebnissen finden Sie hier:

<https://vwt.de/ausbildungsumfrage-vwt-2026/>

Bearbeiterin: Dr. Ute Zacharias

Telefon: 0361 6759-153

E-Mail: presse@vwt.de

Veranstaltungen / Workshops

Rückblick zur VWT-Sommerparty 2026

Mit Optimismus und Unternehmergeist: Gemeinsam den Blick nach vorn richten

Sommerwetter, gute Gespräche und ein klarer Blick auf Thüringens Zukunft: Rund 200 Gäste aus Wirtschaft und Politik kamen zur VWT-Sommerparty in der Villa Haage im Kressepark zusammen. Im Mittelpunkt standen die Wettbewerbsfähigkeit des Freistaats, die Chancen der Künstlichen Intelligenz und die Frage, wie Thüringen seine Zukunft finanziell und wirtschaftlich gestalten kann.

VWT-Präsident Mathias Ulbricht begrüßte Gäste aus der Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik sowie zahlreiche Partner aus Verbänden, Arbeitsverwaltung, Medien und Wissenschaft.

KI als Chance für Thüringens Wirtschaft

In seiner Begrüßungsrede machte Mathias Ulbricht deutlich: „Die digitale Transformation wird maßgeblich über die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts entscheiden.“ Künstliche Intelligenz sei längst keine Zukunftsvision mehr, sondern ein konkreter Hebel, um Wettbewerbsvorteile zu sichern und auszubauen.

Gerade für den Mittelstand biete industrielle KI enorme Chancen – von höherer Produktivität und mehr Agilität über größere Resilienz und Energieeffizienz bis hin zur Unterstützung bei der Bewältigung des Fachkräftemangels. [...]

Den gesamten Beitrag mit allen Fotos der Veranstaltung finden Sie hier:

<https://vwt.de/vwt-sommerparty-2026/>

Bearbeiterin: Dr. Ute Zacharias

Telefon: 0361 6759-153

E-Mail: presse@vwt.de

**Verband der Wirtschaft Thüringens e. V. — Verband der Metall-
und Elektro-Industrie in Thüringen e. V. — Allgemeiner
Arbeitgeberverband Thüringen e. V. — Arbeitgeberverband
Nahrung und Genuss Thüringen e. V.**

Lossiusstraße 1, 99094 Erfurt

Telefon: 0361 6759-0 - Telefax: 0361 6759-222

Beachten Sie bitte, dass die Bürogemeinschaft der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände keine Verantwortung für Links auf fremde Seiten übernehmen kann.

Nutzungshinweise für die Verbandsinformation der Verbände:

<https://www.vwt.de/de/Nutzungshinweise-VWT>

<https://www.vmet.de/de/Nutzungshinweise-VMET>

<https://www.agvt.de/de/Nutzungshinweise-AGVT>

<https://www.angt.de/de/Nutzungshinweise-ANGT>

